

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 10.04.2024**

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:08 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Oberbürgermeister und Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, Dr. Robert Reck**, begrüßt die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, erläutert, dass im nichtöffentlichen Teil eine Vorlage der Fraktion bezüglich einer Grundstücksangelegenheit behandelt werden soll. Nach einer Aussprache gibt der Einreicher bekannt, dass die Vorlage von der Tagesordnung genommen wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** fasst zusammen, dass der Tagesordnungspunkt 9.1. seitens des Einreichers zurückgestellt wird. In der nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wird die Vorlage regulär im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgten, stellt er die geänderte Fassung der Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.02.2024**

**Der Ausschussvorsitzende** bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 28.02.2024 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

**Abstimmungsergebnis:** 08:00:02

## 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 28.02.2024 bekannt:

- Erwerb von Anteilen der Industriefafen Roßlau GmbH
- Sicherstellung des Geschäftsbetriebs der Industriefafen Roßlau GmbH
- Anpassung des Geschäftsführervertrages einer städtischen Gesellschaft.

## 5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

## 6 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde des Haupt- und Personalausschusses liegt die Wortmeldung eines **Bürgers** vor. Seine Anfragen und Ausführungen sind wörtlich wiedergegeben.

Frage 1: „Wann wäre denn die Stadtverwaltung der Punkt erreicht, wo man sagt, dass kann sich nicht mehr leisten oder dies kann man den Bürgern nicht mehr zumuten. Es gibt einen neuen Theatervertrag. Die Kosten steigen. Wenn man einfach mit 80.000 Bürgern dieser Stadt rechnet, fallen für jeden Bürger im Jahr 2024 rund 161 Euro für das Theater an. Im Jahr 2028 ist dieser Betrag schon bei rund 213 Euro. Das sind rund 32 % mehr in fünf Jahren. Dies ist nur der Anteil der Stadt. Nimmt man auch den Landesanteil kommt man 2024 schon auf rund 275 Euro pro Einwohner und 2028 schon auf 347 Euro pro Einwohner. Für 2026 wird ein Mehrbedarf von rund 2,5 Mio. Euro prognostiziert, das sind weitere rund 32 Euro pro Einwohner, mehr pro Jahr. Diese ist für die Vollbeschäftigung der Mitarbeiter, was sie beschlossen haben. Gestern wurde dieses von den Stadträten im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung abgelehnt. Die Verwaltung ist immer noch der Meinung, dass es passt.“

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass die Finanzierung einer Kultureinrichtung sich aus dem Haushalt der Stadt ergibt. Die Mittel für das Anhaltische Theater sind mittelfristig im Haushalt eingestellt und somit ist eine Finanzierung gegeben. Der andere Teil wird durch das Land Sachsen-Anhalt im Rahmen der Co-Finanzierung gezahlt. Die Stadt bekennt sich somit klar zum Anhaltischen Theater. Die Umrechnung auf die Einwohnerzahler der Stadt ist eine Möglichkeit, aber eine andere Möglichkeit wäre die Betrachtung der Besucherzahlen. Die Besucherzahlen betragen in etwa 160.000 bis 180.000 Besucher pro Jahr, was die doppelte Anzahl

der Einwohner entspricht. So etwas findet man nicht häufig in Deutschland vor. Das Anhaltische Theater hat nicht nur in der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau einen Versorgungsauftrag, sondern auch für den oberzentralen Bereich sowie darüber hinaus, zu erfüllen. Anhand der durchgeführten Bürgerumfrage (Ende 2022/Anfang 2023) ist erkennbar, dass das Theater eine sehr hohe Bedeutung für die Bürger besitzt, insbesondere in der Altersgruppe der 25 bis 35-jährigen. Aufgrund dessen steht die Stadt hinter der Förderung des Anhaltischen Theaters. Die angesprochene Beschlussvorlage ist ein Bestandteil der heutigen Tagesordnung des Ausschusses. Diese beinhaltet die Bereitschaft des Landes Sachsen-Anhalt zur Beteiligung an der Finanzierung des Theaters in den nächsten 5 Jahren mit insgesamt über 48 Mio. Euro. Diese Summe sichert nicht nur das Kulturangebot sowie Arbeitsplätze, sondern es wird auch erhebliche Umwegrendite mit sich bringen.

**Bürger:** „Die Frage war, wann Schluss ist. Dass das im Haushalt drin ist, ist mir bewusst. Wo ist denn für die Verwaltung die Obergrenze. Das war die Frage. Sie können ja nicht irgendwann pro Einwohner 1.000 Euro fürs Theater ausgeben. Wo ist die Obergrenze? Das ist die Frage an die Verwaltung.“

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass die Stadtverwaltung nur das umsetzt, wofür die Vertretung die Voraussetzungen geschaffen hat. Die Frage nach den Obergrenzen kann aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung nicht abschließend beantwortet werden. Weiterhin erläutert er, dass das Anhaltische Theater im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts am wirtschaftlichsten arbeitet.

Frage 2: „Warum muss es mit aller Macht erst soweit kommen. Ich habe hier und auch in verschiedenen Ausschüssen mehrfach die Nichteinsehbarkeit der Niederschrift im Ratsinformationssystem reklamiert. Die Stadträte können es schon nicht mehr hören und ich habe auch keine Lust mehr dieses Thema dauerhaft anzusprechen, ohne das etwas passiert. Das letzte Mal im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 19.03.2024. Dort wurde auch ganz konkret eine Niederschrift benannt, welche nicht sichtbar ist. Das führt aber nicht dazu, dass diese bis heute zum Einsehen ist. Wir sprechen hier nur von einem Setzen des Hakens, der diesen Missstand beendet. Der Bürger geht jetzt einen anderen Weg. Ich reiche hiermit offiziell eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein gegen die zuständigen Mitarbeiter. Herr Horváth sagt, man hätte sich darum gekümmert und die Mitarbeiter sind entsprechend angewiesen. Noch als weitere Information. Es gibt im Ratsinformationssystem vier weitere Niederschriften, wo sie sogar den nichtöffentlichen einsehen können. Ich glaube auch das ist nicht statthaft.“

Der Bürger übergibt dem Oberbürgermeister die Dienstaufsichtsbeschwerde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** wird den Sachverhalt erneut überprüfen lassen. So eine Situation darf nicht geschehen. Ihm ist bekannt, dass die Einsehbarkeit der Niederschriften schon einmal überprüft wurden.

Frage 3: „Warum kann man nicht aufs Wasser umladen. Ich habe die Frage schon mal im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität gestellt. Im Hafen von Roßlau kam ein großer Transformator an, der im Hafen Roßlau per Schiene ankam. Dafür ist extra ein großer Kran gemietet wurden, der auf einen Tief-lader umlädt, der dann nach Aken fährt und damit man dort aufs Wasser umlädt. Die Antwort damals war: Da der Industriehafen Roßlau über keine Krantechnik verfügt wurde die Leistung vom Auftraggeber in Eigenregie organisiert. Dass kein Kran da war, hatte ich in der Anfrage schon ausgeführt. Dass ein separater Kran extra dafür gemietet wurde. Wir haben sehr viel Geld in den Hafen gesteckt, damit genau solche Umladevorgänge von Schiene aufs Wasser möglich sind. Im Bauverkehrsausschuss wies man mich darauf hin, in den Haupt- und Personalausschuss dort könnte die Antwort gegeben werden. Der Hafen ist jetzt im Besitz der Stadt. Wir geben viel Geld aus, aber das was damit erreicht werden soll, Umladung von Schiene auf Wasser, ist dann nicht möglich. Warum kann man nicht aufs Wasser umladen?“

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sagt die Prüfung des Sachverhalts zu. Möglicherweise lag es am Tiefgang des Schiffes, weshalb der Transport auf dem Wasserweg nicht möglich war.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

**Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, informiert, dass die Zuwendungsbescheide an die Freien Träger für die offene Jugendhilfe sowie die Freizeiteinrichtungen vom Jugendamt versandt wurden. Aufgrund der Haushaltssperre und der daraus resultierenden 60/40 Regelung wurden die Bescheide nur bis zum 31.07.2024 ausgestellt. Die Freien Träger möchten erfahren, wie es ab dem 01.08.2024 weitergeht.

**Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, erläutert, dass die Verwaltungsspitze diesbezüglich Gespräche führen wird. Im Jugendhilfebereich gibt es einige Pflichtaufgaben, die gesetzmäßig an Externe übertragen wurden. Weiterhin informiert sie, dass bereits einige Anträge von Freien Trägern bezüglich der Mittelübernahme aufgrund von Preissteigerungen eingereicht wurden. In den nächsten zwei Wochen sind verwaltungsinterne Gespräche angesetzt. Frau Beigeordnete Hachmann wird diesbezüglich im Jugendhilfeausschuss darüber informieren.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, erklärt in Bezug auf den Industriehafen in Roßlau, dass das Binnenschiff schon das preiswerteste Transportmittel ist. Aber eine Beladung ist unter manchen Umständen nicht immer möglich. In dem vom Bürger angesproche-

nen Sachverhalt war dies der Fall. Der Hafen in Aken steht sehr gut im Wasser und war vermutlich für den Abtransport besser geeignet.

Ferner geht er auf den Immobilienverkauf der Anhalter Straße 37 in Mosigkau ein. Es wird vermutet, dass das Objekt von einer ursprünglich angedachten Privatnutzung in eine gewerbliche Nutzung gewandelt wird. Die Eigentümer betreiben derzeit den Ratskeller in Roßlau sowie ein Heim für unbegleitete minderjährige Asylsuchende in Köthen und möchten nun ein Kinder- und Jugendheim in Mosigkau errichten. Die erforderliche Betriebsgenehmigung wurde beim Landesjugendamt noch nicht gestellt, aber laut den Aussagen der Eigentümer wird diese noch beantragt. Bei der Ausstellung wird nicht zwischen „deutschen“ und „ausländischen“ Kindern und Jugendlichen unterschieden, wobei die Kosten für die unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden bekanntlich bei 50.000 Euro im Jahr pro Person liegen. Weiterhin informiert er, dass die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren signalisiert hat, dass der Standort Mosigkau ungeeignet für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Herkunft ist. Er bedankt sich für dieses Signal bei der Beigeordneten.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, geht auf seine Anfrage vom Haupt- und Personalausschuss am 28.02.2024 sowie auf die Beantwortung ein. Die daraus resultierenden Fragen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, informiert über den Zeitungsartikel der Mitteldeutschen Zeitung bezüglich der Kabinettsitzung, welche gestern in Dessau-Roßlau stattgefunden hat. Sein Dank geht an den Oberbürgermeister, welcher vor Ort Stellung bezogen hat. Ferner möchte er den aktuellen Sachstand, bezüglich der Gymnasien erfahren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erläutert, dass die Schulentwicklungsplanung bis zum Jahr 2025 genehmigt wurde, aber dennoch bis zum 31.12.2024 Verordnungskonform fortgeschrieben werden muss. Weiterhin muss mit den beiden Gymnasien eine Lösung bezüglich der Fortschreibung erarbeitet werden. Weitere Informationen erfolgen im zuständigen Fachausschuss.

**Herr Stadtrat Adamek** möchte wissen, ob sich die Vertretung unterstützend beteiligen darf.

**Herr Oberbürgermeister Reck** erläutert, dass das zuständige Fachdezernat gegenüber jedem Vorschlag aufgeschlossen ist und die Einbringung erwünscht ist.

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, kritisiert erneut den Veranstaltungsraum des Haupt- und Personalausschusses. Aufgrund der Akustik sowie der Außengeräusche ist der Tagungsort für ihn unangemessen. Er wünscht sich, dass der Haupt- und Personalausschuss sowie die anderen Fachausschüsse zurück in die anderen Beratungsräume kehren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** nimmt den Hinweis dankend mit auf. Er gibt zu bedenken, dass aufgrund der Anzahl der Gäste die Beratungsräume zu klein werden könnten.

**Herr Stadtrat Fricke** befürwortet den Verbleib des Ausschusses im Ratssaal. Das Akustikproblem sei nur eine Frage der Technikjustierung und könnte überprüft werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** wird die Technik im Ratssaal überprüfen lassen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht.

## 8 Beschlussfassungen

### 8.1 Zuwendungsvertrag über die Förderung des Anhaltischen Theaters Dessau - Förderzeitraum 2024 - 2028 Vorlage: BV/071/2024/I-OB

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

**Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, stellt folgende Fragen:

1. Woher wird die Differenz von 4 Mio. Euro genommen bzw. wo wird die Summe eingespart?
2. Was würde passieren, wenn der Stadtrat den Theatervertrag ablehnt?
3. Ist in dem Theatervertrag die Personalkostensteigerung schon mit eingepreist?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** berichtet, dass die vorliegenden Zahlen aus der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entnommen sind und dass der Wirtschaftsplan jedes Jahr fortgeschrieben wird. Die Vollbeschäftigung ist noch nicht in der Wirtschaftsplanung enthalten. Der Landeshaushalt 2025/2026 wird aufzeigen, inwiefern die Zielstellung der Vollbeschäftigung möglich ist. Erst danach kann über die Deckelung des Budgets gesprochen werden. Es gibt folgende Möglichkeiten. 1. Die Vollbeschäftigung erfolgt aus dem vorhandenen Budget, dann muss die Theaterleitung Antworten finden. Oder 2. Die Vollbeschäftigung erfolgt so, wie sie beschlossen wurde. Dann muss geschaut werden, ob man etwas über den Haushalt der Stadt nachjustieren kann. Im Grunde genommen, hängt alles von der Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt ab.

Falls die Beschlussvorlage keine Mehrheit finden sollte, dann würden die Einnahmen in Höhe von 48 Mio. Euro nicht in den Stadthaushalt fließen. Bei der Beschließung des Zuwendungsvertrages werden die Zuwendungen für das Anhaltische Theater gesichert. Sollte die Landesfinanzierung, aufgrund der ausbleibenden Beschlussfassung, nicht sicher sein, dann ist der Oberbürgermeister dazu angehalten das

Schlimmste abzuwenden. Das bedeutet, es muss geschaut werden, woher neben dem bereits großen Defizit, die 10 Mio. Euro hergenommen werden. Die Konsequenz wäre eine 100 % Haushaltssperre.

Wenn der Stadtrat eine 100 % Vollbeschäftigung bei dem derzeitigen Budget wünscht, dann wird dies Auswirkungen auf den Spielbetrieb haben. Die Thematik der Vollbeschäftigung kann erst abschließend beantwortet werden, wenn feststeht, ob der Landeshaushalt Gelder dafür einstellt.

Auf eine Nachfrage von **Herrn Stadtrat George**, ob man sich die 4 Mio. Euro in den nächsten 4 Jahren noch leisten kann, erklärt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, dass die Planwerte im Haushalt eingestellt sind. Fall es einer Anpassung bedarf, kann dies später erörtert werden.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, fragt nach, woher die 4 Mio. Euro hergenommen wurden und wo diese Summe gekürzt wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erläutert, dass die Summe eine Planzahl für 2028 ist und diese wird in der mittelfristigen Planung als Ausgabe eingepreist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** spricht einen Appell an die Stadträte aus. Es ist wichtig, ein deutliches Signal an die Mitarbeiter des Anhaltischen Theaters mit diesem Theatervertrag zu senden und somit die Sicherstellung des Spielbetriebes, zu gewährleisten.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, stellt folgende Fragen:

1. Wie viele Mitarbeiter betrifft die Vollbeschäftigung?
2. Welches maximale Volumen hätte die Anpassung?
3. Wie viele Mitarbeiter möchten von Teilzeit auf Vollzeit wechseln und wie viele Mitarbeiter wollen in der Teilzeitbeschäftigung bleiben?

Die **Freie Fraktion Dessau-Roßlau, Fraktion CDU** und die **Fraktion SPD** werden der Beschlussvorlage zustimmen. Die **Fraktion AfD** wird die Beschlussvorlage ablehnen.

Nach einer Aussprache stellt der **Ausschussvorsitzende** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 07:01:02

## 8.2 Wahl eines Wahlbevollmächtigten und dessen Stellvertreter zur Vor-

---

**bereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle**  
**Vorlage: BV/079/2024/I-30**

Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

**8.3 Rücktritt und Bestellung eines Vertreters der Beschäftigten für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtpflege**  
**Vorlage: BV/084/2024/I-07**

Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

**8.4 Zukunftsstadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/056/2024/I-07**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht.

**Beschluss:**

1. Der Durchführung des bewilligten Projekts „Zukunftsstadt Dessau-Roßlau“ mit einer beabsichtigten Projektlaufzeit von voraussichtlich drei Jahren, einschließlich einer Evaluierung zum Ende des Jahres 2024 wird zugestimmt
2. Der überplanmäßigen Erhöhung des Haushaltsansatzes 2024 von 50.000 EUR auf insgesamt 215.000 EUR wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

**8.5 Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans – Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau zum 1. Entwurf**  
**Vorlage: BV/058/2024/I-61**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

**Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, möchte erfahren, wie der Status des Stadtteils Roßlau im Landesentwicklungsplan ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erläutert, dass der Landesentwicklungsplan nun den Stadtteil Roßlau mit in die oberzentrale Gebietskulisse miteinbezieht. Die Stellungnahme der regionalen Planungsgemeinschaft bestätigt, dass die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau ein Oberzentrum für diesen Bereich bleibt.

Nach einer Aussprache stellt der **Ausschussvorsitzende** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

## **8.6 Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung des Gewässerunterhaltungsverbands „Nuthe-Rosel“** **Vorlage: BV/050/2024/III-66**

Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

Nachdem Tagesordnungspunkt unterbricht der **Ausschussvorsitzende** die Sitzung für eine 15-minütige Pause.

## **8.7 Moratorium Investitionen** **Vorlage: FV/002/2024/BÜRGER**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert, dass diese Fraktionsvorlage im gestrichen Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung vom Einreicher zurückgezogen wurde.

**Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**, führt kurz in die Fraktionsvorlage ein.

Nach einer Aussprache gibt der **Einreicher** bekannt, dass der Beschlusspunkt 1 aus der Fraktionsvorlage gestrichen wird. Die Beschlusspunkte 2, 3 und 4 bleiben bestehen.

Nach einer weiteren Aussprache stellt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, einen Antrag gemäß der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seiner Ausschüsse auf Ende der Debatte. **Herr Stadtrat George** erläutert, dass der Einbringer die Fraktionsvorlage für diese Ausschusssitzung zurückziehen wird.

---

## 8.8 Durchführung von Kursen zur Ausbildung von Rettungsschwimmern Vorlage: FV/005/2024/Linke

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, führt in die Fraktionsvorlage bzw. in die Thematik ein. Er fasst zusammen, dass die Vorlage nicht beschlossen werden muss, da dies gesetzlich vorzuhalten ist.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, möchte wissen wie die Bezahlung für die Nutzung des Sportbades gegenwärtig gehandhabt wird.

**Herr Stadtrat Adamek** erläutert, dass die Ausbildung der Wasserwacht derzeit vom Referat Sportförderung überwacht wird. Es wird geschaut, ob ausgebildet wird oder Schwimmkurse durchgeführt werden.

Ferner bittet **Herr Stadtrat Fricke** um eine Erläuterung des zweiten Beschlusspunkts.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass es theoretisch kommerzielle Anbieter geben kann, was derzeit nicht der Fall ist. Dies stellt eine Orientierungshilfe für die Verwaltung dar, falls die Situation mal auftreten sollte.

Nach einer Aussprache stellt der **Ausschussvorsitzende** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 10:00:00

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## 13 Schließung der Sitzung

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:08 Uhr.

Dessau-Roßlau, 05.06.24

---

Dr. Robert Reck  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

J. von Kloeden  
Schriftführer